

## Die Umsiedlung der Galiziendeutschen 1939/ 1940

Von Sepp Müller

(veröffentlicht im Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates, Band VII, 1960)

### Die Umsiedlung, der letzte Akt der galiziendeutschen Wanderbewegung.

Wer dem tieferen Sinn der Umsiedlung der deutschen Volksgruppen aus dem osteuropäischen Raum im Jahre 1939 und später nachspürt, der kommt nicht um die Annahme herum, dass der fast elementare Aufbruch von einigen Hunderttausend nicht allein deshalb erfolgte, weil ihre Heimatländer von der Sowjetunion besetzt wurden. Ein Einzelner kann den Entschluss zum Verlassen der Heimat von einem Tag zum anderen fassen, wenn er sich davon materielle oder andere Vorteile verspricht. Bei einer Volksgruppe aber, vor allem bei ihren seit Generationen aufs innigste mit der Scholle verbundenen bäuerlichen Teil, musste wohl schon eine, vielleicht noch im Unterbewusstsein schlummernde seelische Bereitschaft zu diesem Schritt vorgelegen haben, wenn sie sich freiwillig und so geschlossen, wie das bei der Umsiedlung geschah, in Bewegung setzte. Und diese konnte nur durch ungünstige Verhältnisse in der Heimat hervorgerufen worden sein; nicht durch wirtschaftliche allein, die in einzelnen Ländern noch als recht gut bezeichnet werden konnten, sondern vor allem durch seelische Nöte, die im Laufe der Jahrzehnte immer größer wurden und zwischen den beiden Kriegen ihren Höhepunkt erreichten. Sie wurden im Wesentlichen durch die minderheitsfeindliche Haltung der kleinen und kleinsten ost- und südosteuropäischen Völker und Staaten verursacht, die die deutschen Volksgruppen in ihrer völkischen Existenz bedrohten und sie dadurch zwangen, ihre Kräfte in erster Linie zur Abwehr der gegen sie gerichteten Maßnahmen einzusetzen, anstatt, wie von Anfang an gewohnt, für produktive materielle und ideelle Werte.

So erfolgreich die Abwehr im Einzelnen auch gewesen sein mag, sie ging nicht ohne Substanzverlust vor sich, und die daraus resultierende Sorge um den Fortbestand und die Zukunft der Volksgruppe drückte auf Herz, Gemüt und Verstand und ließ die Heimat immer mehr zur Fremde werden. Von da bis zur Bereitschaft zur Auswanderung war nur noch ein Schritt, und es bedurfte nur des Anstoßes, um sie auszulösen. Am Beispiel der galiziendeutschen Volksgruppe sei versucht, die Berechtigung zu dieser Annahme an Hand von Tatsachen zu begründen.

Diese Volksgruppe, bestehend aus einer kleineren städtischen Schicht und den auf dem Lande ansässigen Bauern und Handwerkern, deren Gesamtstärke im Jahr 1939 auf rund 65 000 geschätzt wurde, hatte ein wechselvolles Schicksal hinter sich. Solange Österreich absolut und deutsch regiert wurde, nahmen auch die Deutschen Galiziens eine bevorzugte Stellung ein und entwickelten sich so günstig, dass ihre Zahl bis zur Mitte des 19. Jhs durch Geburtenüberschuss und Zuwanderung auf rund 90 000, somit auf etwa das Dreifache anstieg. Sie besaßen deutsche Schulen, der evangelische Teil auch eigene Kirchen, in den größeren Städten Zeitungen, Zeitschriften, Theater, Konzertsäle usw., und die Bauern begannen bald über ihre eigenen Dörfer hinauszugreifen und gründeten rund 50 Tochttersiedlungen, in denen sie sich wirtschaftlich verbesserten und neue Existenzen für ihren Nachwuchs schufen.

Aber es gab schon zu dieser Zeit Fehlentwicklungen und Rückschläge, die das Gewicht der Deutschen im Lande schwächten. In den Städten begannen die Nachkommen der Polonisierung zu verfallen, deutsche Studenten der Lemberger Universität gingen schon 1830 mit ihren Polnischen Kommilitonen heimlich über die Grenze, um sich dem in Warschau ausgebrochenen polnischen Aufstand gegen die Russen anzuschließen und beteiligten sich 1846 an dem polnischen Aufstandsversuch gegen Österreich in Galizien. In den kleineren und wirtschaftlich schwächer dotierten ländlichen Siedlungen machten sich die ersten Zeichen des Verfalls bemerkbar, der durch Missernten, Epidemien, Seuchen, politische Unruhen usw., aber auch durch leichtsinnigen Lebenswandel und eine weitgehende Anpassung an die noch immer primitiven und unproduktiven Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsgewohnheiten der slawischen Nachbarn in die Wege geleitet wurde, die davon Betroffenen in die Arme des allmächtigen Wuchers und zuletzt zur Auswanderung in andere österreichische und außerösterreichische Gebiete trieb. Und als sich in den 80er Jahren Amerika für die Einwanderer öffnete, da verließen weitere Tausende ihre Dörfer in der Hoffnung, in Übersee bessere Existenzbedingungen zu finden.

Jetzt rächten sich die Fehler und Versäumnisse, die bei der Ansiedlung und später begangen wurden. In dem Bestreben, der neu erworbenen Provinz deutsche Lehrmeister zu geben, waren die deutschen Siedlungen möglichst klein und über das ganze Land verstreut und oft meilenweit voneinander entfernt angelegt worden, damit möglichst große Teile der einheimischen Bevölkerung von ihnen lernen konnten; wenn freilich auch die Lage und Größe der zur Besiedlung freigegebenen Kron- und Klostergüter vielfach zu einer solchen Ansiedlungsart zwangen. Als winzige Inseln im slawischen Meer verloren sie weitgehend die Verbindung untereinander und gerieten, insbesondere die katholischen, immer mehr unter slawischen Einfluss.

Man hatte ferner nur an die Gegenwart und nicht auch an die Zukunft der Kolonisten gedacht, als man sie mit vielfach weniger als 10 Hektar Land ausstattete, die in den Anfangsjahren ausgereicht haben mochten, in der Folge jedoch eine zu schmale wirtschaftliche Basis für die überaus kinderreichen Familien darstellten. Und schließlich haben sich die nach-josefinischen Regierungen, durch Kriege und wirtschaftliche und politische Sorgen aller Art in Anspruch genommen, um die deutschen Siedlungen kaum noch gekümmert, sondern es ihnen selbst überlassen, mit den aufkommenden Schwierigkeiten fertig zu werden, bestenfalls mit Hilfe der deutschen Landesverwaltung, deren Gunst sich jedoch seit dem Revolutionsjahr 1848 immer mehr den Polen zuwandte. Von Wien vergessen und ohne jegliche, aus den eigenen Reihen stammende Führung lebend, konnten die Siedlungen ihre Nöte nicht immer bewältigen und büßten so nach Berechnungen von KUHN bis zur Jahrhundertwende etwa 27 000 Menschen durch Auswanderung ein.

Der zurückgebliebene größere und wirtschaftlich gefestigtere Teil hatte es jedoch seither doppelt schwer. Denn zu den wirtschaftlichen Sorgen waren inzwischen auch politische hinzugekommen, gegen die der kleine Volkssplitter erst recht machtlos war. Als Österreich im Jahre 1867 im Zuge des Ausgleichs mit Ungarn auch Galizien die Landesautonomie einräumte und die Polen die Herrschaft im Lande übernahmen, da begann ein neuer und für die Deutschen sehr unerfreulicher Abschnitt der Landesgeschichte. Die deutsche Sprache wurde aus dem öffentlichen Verkehr weitgehend verdrängt und durch die polnische ersetzt. An die Stelle der deutschen Beamten, Professoren, Lehrer und anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das Land verließen, traten polnische, die zurückgebliebenen mussten sich nach den Weisungen der Polen richten.

In den folgenden drei Jahrzehnten verfiel der größte Teil von ihnen der Polonisierung. Dasselbe geschah auch mit den alteingesessenen deutschen Handels- und Gewerbetreibenden, sowie mit einem beträchtlichen Teil der inzwischen aus den ländlichen Siedlungen in die Städte zugewanderten deutschen Bevölkerung, vor allem mit der aus den katholischen Siedlungen stammenden studierenden Jugend. Die Schulen in diesen Siedlungen wurden in die Landesverwaltung übergeführt und verloren zum großen Teil die deutsche Unterrichtssprache, und ebenso erging es der deutschen Sprache in ihren Kirchen. Die evangelischen Siedler retteten den deutschen Charakter ihrer Kirchen und Schulen nur um den Preis großer finanzieller Opfer, weil sie für deren Unterhalt seither selbst aufkommen mussten. Trotzdem hielten die evangelischen Deutschen dank der Fürsorge ihrer Kirche und die katholischen dank dem bäuerlichen Beharrungsvermögen an ihrem Volkstum fest, aber beide Teile sahen, dass der nationale Druck der Polen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, das nach ihrer Version zur Germanisierung des Landes ansässig gemachte deutsche Element ihrem Volke zu assimilieren, Erfolg hatte. Denn es wechselten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer mehr Deutsche ins polnische Lager über und die anderen ergaben sich schweigend in ihr Schicksal.

In dieser Situation genügte ein Funke, um die, wie es schien, dem völkischen Untergang geweihten Deutschen in Bewegung zu setzen. Als die preußische Ansiedlungskommission um 1900 ihre Werber nach Galizien entsandte, um evangelische Bauernfamilien zur Ansiedlung in den preußischen Provinzen zu überreden, da sprang der Funke von Dorf zu Dorf und es wanderten innerhalb weniger Jahre weitere 10 000 aus. Wäre es der evangelischen Kirchenleitung, die in Theodor Zöckler, dem damaligen jungen Pfarrer von Stanislau, den eifrigsten Gegner der Auswanderung gefunden hatte, und der Besonnenheit der besser situierten Bauern nicht gelungen, die Auswanderungslust einzudämmen, wäre das galizische Deutschtum so geschwächt worden, dass es kaum noch jemals in der Lage gewesen wäre, den Polonisierungsbestrebungen erfolgreich Widerstand zu leisten.

So aber waren einschließlich der nicht bodenständigen Beamten- und Militärschicht und eines kleinen Prozentsatzes von Juden doch noch 90 000 Deutsche im Lande verblieben. Als sie dann 1907, dem Rufe einiger beherzter Männer folgend, in politischen, kulturellen und wirtschaftlichen ‚Selbsthilfeorganisationen zusammenschlossen und dadurch ihre Stellung im Lande festigten, als ihnen ferner durch die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Schutzvereinen in Österreich und Deutschland bewusst geworden war, dass sie sich von nun an nicht mehr als verlorenen Außenposten, sondern als Glied der großen deutschen Gemeinschaft betrachten durften, da erst wurde ihnen Galizien zur Heimat in der zu leben und zu arbeiten es sich lohnte. Und sie taten es bis zum Jahre 1914 mit aller Hingabe und schufen sich ein Organisationsnetz, das sie gegen die polnischen Angriffe erfolgreich abschirmte.

Freilich, als die russischen Armeen nach Ausbruch des Krieges 1914 Galizien überfluteten, da flohen Tausende von Deutschen nach Westösterreich, um sich in Sicherheit zu bringen, kehrten jedoch nach der Vertreibung der Russen im Sommer 1915 wieder zurück und begannen mit dem Wiederaufbau. Als die Zentralmächte jedoch im November 1916 das Königreich Polen proklamierten und die galizischen Polen den Anschluss des Landes an dieses Königreich zu betreiben begannen, bemächtigte sich der Deutschen eine neue Unruhe. Die Gefahr, dass der Einfluss Österreichs im Lande noch geringer werden oder ganz aufhören könnte, war groß, und darum überreichte der „Deutsche Volksrat für Galizien“ der Wiener Zentralregierung 1917 eine Denkschrift mit der Bitte um Wahrnehmung der galiziendeutschen Interessen bei einer etwaigen Neuordnung des politischen Status des Landes. Aber es wurde auch ernstlich die Auswanderung für den Fall erwogen, dass Galizien unter polnische Herrschaft geraten sollte, die im „Deutschen Volksblatt für Galizien“ in den Jahren 1917 und 1918 wiederholt erörtert wurde.

Der Zusammenbruch der Mittelmächte und der Anschluss Galiziens an Polen im November 1918 machten jedoch allen Auswanderungsplänen ein Ende. Europa besaß keine Siedlungsgebiete mehr, Amerika hatte die Einwanderung auf ein Mindestmaß beschränkt. Nur Kanada schien bereit zu sein, Ansiedler aufzunehmen. Eine kanadische Studiengruppe bereiste nämlich Anfang der 20er Jahre Galizien und einige südosteuropäische Länder, um die Möglichkeit der Umsiedlung der dortigen Deutschen zu prüfen, jedoch lehnte die galiziendeutsche Führung eine Diskussion darüber ab, als sich herausstellte, dass die Kanadier nur an eine Teilauswanderung dachten. Eine weitere Schwächung der ohnehin schon sehr geschwächten Volksgruppe durfte unter den neuen politischen Verhältnissen nicht zugelassen werden.

So mussten die Galiziendeutschen im Lande bleiben und all das über sich ergehen lassen, was die folgenden 20 polnischen Jahre an wirtschaftlichen und politischen Nöten und Unterdrückungsmaßnahmen mit sich brachten. Der erste Weltkrieg, der anschließende polnisch-ukrainische und der polnisch-sowjetische Krieg, die zu einem erheblichen Teil auf galizischen Boden ausgetragen worden waren, hatten schwere Wunden geschlagen, für deren Heilung der polnische Staat kaum etwas tat. Durch die bis 1924 dauernde Inflation gingen die jahrelangen Ersparnisse restlos verloren, der Zusammenbruch der neu eingeführten Zloty-Währung im Jahre 1925 störte den kaum begonnenen Wiederaufbau beträchtlich, die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 – 1935 brachte insbesondere die Landwirtschaft an den Rand des Abgrunds.

Nun begannen auch die galiziendeutschen Dörfer, die sich allen Nöten zum Trotz noch gut gehalten hatten, zu verarmen, zumal die Bauern vielfach zur Realteilung greifen mussten, wenn es ihnen nicht gelang, ihre zweiten und weiteren Söhne in anderen lohnenden Berufen unterzubringen. Dies umso mehr, als das bereits 1927 erlassene Gesetz, wonach der Erwerb von Grund und Boden in den von nationalen Minderheiten bewohnten Grenzgebieten des Staates von der Genehmigung durch die staatlichen Bodenämter abhängig gemacht wurde, es ihnen so gut wie unmöglich machte, neuen Grund und Boden zu kaufen und damit ihre Kinder auszustatten.

Zwar bemühte sich die galiziendeutschen Genossenschaftsorganisation nach Kräften darum, den Bauern und Städtern den Rücken zu stärken und hatte durch ihre Kredit-, Waren- und Molkereigenossenschaften, sowie durch die Bauernschule Dornfeld, die zur Schulung des bäuerlichen Nachwuchses eingerichtet worden war, auch manche Erfolge zu verzeichnen. Aber sie war einerseits zu schwach, um alle anfallenden Probleme zu bewältigen, und andererseits musste sich der deutsche Raiffeisenverband in Lemberg, dem mit Ablauf des Jahres 1939 dazu noch das eigene Revisionsrecht entzogen wurde und nur die nach einjährigem Ringen eingeräumte

Selbstverwaltung im Rahmen des polnischen Zentralverbandes verblieb, oft mehr der Abwehr polnischer Übergriffe widmen als der Betreuung seiner Genossenschaften, so dass er sich nicht immer voll auswirken konnte.

Hand in Hand damit gingen die minderheitenfeindlichen polnischen Maßnahmen auf politischem und kulturellem Gebiet. Den deutschen Privatschulen wurde das Öffentlichkeitsrecht verweigert, deutschen Lehrern die Unterrichtserlaubnis entzogen. Deutsche Staats- und Kommunalbeamte und Angestellte wurden vielfach gezwungen, ihre Kinder in polnische Schulen zu schicken. Die zentrale Volkstumsorganisation, der 1907 gegründete Bund der christlichen Deutschen in Galizien, wurde 1923 behördlich aufgelöst, die Gründung einer ähnlichen neuen Vereinigung nicht zugelassen. Andere Organisationen, wie der 1925 gegründete Verbund deutscher Katholiken, wurden in ihrer Tätigkeit behindert, ihre Mitarbeiter oft verhaftet, vor Gericht gestellt, aus manchen Landesteilen ausgewiesen usw. Deutsche Ortsnamen wurden durch polnische ersetzt. Eine kleine polnisch-evangelische Minderheit in den Städten führte fast 20 Jahre lang einen von Behörden, der Presse und verschiedenen Verbänden unterstützten Kampf gegen die deutsche Minderheit um die Führung in den Kirchengemeinden und in der Landeskirche und damit um ihre und die Polonisierung ihrer Einrichtungen.

Die Aussichten der deutschen Jugend, vor allem der Studierenden, ihr Fortkommen im öffentlichen oder privaten Dienst zu finden, wurden von Jahr zu Jahr geringer. Kurz, es war eine Lage, die bei Fortdauer das Schlimmste befürchten ließ und an die Widerstandskraft des Einzelnen und der Gesamtheit die höchsten Anforderungen stellte. Es bedurfte daher nicht erst der vor und bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 erfolgten Massenverhaftungen unter den Deutschen, um ihnen zum Bewusstsein zu bringen, dass die Polen mit allen Mitteln an ihrem völkischen Untergang arbeiteten. Hätte sich der um die Mitte der 30er Jahre aufgetauchte Plan eines deutsch-polnischen Bevölkerungsaustausches im Falle einer einvernehmlichen Lösung der strittigen Grenzfragen zwischen Deutschland und Polen verwirklichen lassen, wäre ohne Zweifel 80-90% der gesamten deutschen Bevölkerung Galiziens ausgewandert, um sich dem polnischen Druck und der drohenden Gefahr der gewaltsamen Polonisierung zu entziehen.

Als Ostgalizien im September 1939 von der Sowjetunion besetzt wurde, das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben im Lande erstarb und die Nationalisierung von Grund und Boden und des größeren städtischen Besitzes angeordnet wurde, da wurden sich die Galiziendeutschen der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage vollends bewusst. Wer konnte, floh über die Grenze nach dem Westen, und als bald darauf der deutsch-sowjetischen Umsiedlungsvertrag bekannt wurde, durch den sich das Deutsche Reich als Aufnahmeland öffnete, da rüstete auch der im entferntesten Karpatendorf einsam lebende Deutsche zum Aufbruch. Der letzte Akt der freiwilligen galiziendeutschen Wanderbewegung begann.



## Der Umsiedlungsvorgang und die Rolle Hans Kochs

Der in einem vertraulichen Protokoll, das dem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 angefügt wurde, abgeschlossene deutsch-sowjetische Umsiedlungsvertrag beruhte auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Einmal sollten die in den ehemaligen polnischen Ostgebieten, d.h. in Ostgalizien Wolhynien und im Narewgebiet lebenden Deutschen nach Deutschland umgesiedelt werden, zu anderen aber, was wenig bekannt zu sein scheint, die im Raum zwischen Sanok und Krynica in Westgalizien beheimateten Lemken, ein ukrainischer Volksstamm, nach der Sowjetunion. Da die Umsiedlung einen freiwilligen Akt darstellte, scheinen der letzteren nur wenig von dem ihnen eingeräumten Recht Gebrauch gemacht zu haben, denn die Ukrainer sprachen später bloß von rund 10.000 Umsiedlern, während die Gesamtzahl der Lemken mit einigen Hunderttausend angegeben wurde.

Die in der ersten Novemberhälfte in Berlin von der Volksdeutschen Mittelstelle gebildete Umsiedlungs-kommission setzte sich aus reichs- und volksdeutschen Mitgliedern zusammen. Die ersteren kamen vorwiegend aus den Reihen des Volksbundes für das Deutschtum im Auslad (VDA), die letzteren aus der Zahl der nach dem Westen geflüchteten oder aus den polnischen Gefängnissen und Konzentrationslagern befreiten Deutschen aus Galizien und dem übrigen Polen. An der Spitze der Kommission stand ein Hauptbevollmächtigter, der seinen Sitz in Luzk in Wolhynien nehmen sollte. Ihm unterstanden mehrere Gebietsbevollmächtigte, die eine größere Anzahl von Ortskommissionen befehligen sollten, welche die eigentliche Umsiedlungsarbeit zu leisten hatten. Auf jeder Ebene stellte die Sowjetunion eigene Kommissionsmitglieder, die der deutschen Kommission behilflich sein sollten.

Aus dieser Stellung der sowjetischen Mitarbeiter ergaben sich in der Folge mancherlei Schwierigkeiten. Sie besaßen zwar keine Gewalt über die Entscheidungen der Umsiedler und konnten höchstens Einspruch erheben, wenn ihnen etwas nicht einwandfrei erschien, aber sie verfügten über alle sonstigen Machtmittel und nutzten sie zumeist dazu aus, um den Fortgang der Aktion zu erschweren. Manche von ihnen nahmen die Umsiedlung zwar als einen nicht nur vertraglich festgelegten, sondern auch menschlich verständlichen Vorgang hin und förderten ihn nach Kräften. Die Mehrzahl zeichneten jedoch zwei besonders ins Auge fallende Merkmale aus: Verständnislosigkeit und Misstrauen. Sie konnten es einfach nicht begreifen, warum die Deutschen nach der, wie sie es nannten, Befreiung des Landes von der polnischen Unterdrückung durch die Sowjetunion fortziehen wollten, und manche von ihnen versuchten sogar, einzelne Kommissionsmitglieder und Umsiedler davon zu überzeugen, dass die Deutschen in der Sowjetunion, wie das Beispiel der Wolgadeutschen Republik zeigte, volle und ungestörte Entwicklungsmöglichkeiten besäßen. Und man hatte den Eindruck, dass diese NKWDisten und Parteifunktionäre wirklich daran glaubten, was sie sagten. Sie waren daher aufs höchste erstaunt, als sie dann feststellen mussten, dass die Schlangen vor den Registrierungslokalen der Umsiedlungskommission nicht abreißen wollten und Tausende und Abertausende sich eintragen ließen, und noch mehr, als sie sahen, dass sich die Registrierten trotz des inzwischen eingelehrten Winters mit außerordentlich viel Schnee und Temperaturen bis zu 40 Grad unter Null in Trecks und Eisenbahntransporten auf den Weg nach dem Westen machten.

Die größten Schwierigkeiten bereitete jedoch das Misstrauen der Sowjets, mit dem sie die deutsche Kommission und die Umsiedlung von Anfang an verfolgten. Gegen Ende November fuhr der Hauptstab von Berlin nach Deutsch-Przemysl, dem westlichen Teil der zweigeteilten Grenzstadt am San ab, um die den sowjetischen Grenzbehörden über die mit dem Grenzübertritt zusammenhängenden Fragen zu verhandeln. Das Gros der Kommission folgte einige Tage später. Wie groß war aber ihr Erstaunen, als sie an Ort und Stelle erfuhr, dass die Verhandlungen mit der sowjetischen Seite sich nicht vom Fleck rührten, weil diese nicht bereit war, die 400-köpfige deutsche Kommission ins Land hereinzulassen, obwohl die sowjetische Botschaft in Berlin jedem einzelnen das bis zum 1. März 1940 befristete Einreise- und Aufenthaltsvisum erteilt hatte. Die Grenzbehörden verlangten vielmehr die Reduzierung der Zahl der vorgesehenen Ortskommissionen, der Fahrzeuge und Fahrer usw., und erreichten durch ihre Hartnäckigkeit, dass sich der deutsche Stab zuletzt mit rund 300 Mann einverstanden erklärte, um das Umsiedlungswerk nicht zu gefährden.

Als die für die drei ostgalizischen Gebiete, Lemberg, Stryj und Stanislaw, bestimmte Kommission mit ihren Wagen schließlich am Nachmittag des 8. Dezember vor Lemberg anlangte, wurde sie bis zum Einbruch der Dunkelheit festgehalten und dann statt in das in der Stadt vorbereitete Quartier nach dem 9 km östlich von Lemberg gelegenen deutschen Dorf Weinbergen geschleust. Warum und auf wessen Befehl das geschah, blieb Geheimnis. Offenbar sollte jedes Aufsehen in der Stadt vermieden und etwaige Sympathiekundgebungen der einheimischen Bevölkerung, wie sie der deutschen Autokolonne auf dem Wege von Przemysl bis Lemberg dargebracht worden waren, verhindert werden. Dass während des unfreiwilligen Aufenthaltes vor Lemberg jeder Versuch der die Straße säumenden Bevölkerung, darunter zahlreicher Deutscher, sich einem Wagen zu nähern und mit den Insassen ins Gespräch zu kommen, von der aufgebotenen Miliz im Keime erstickt wurde, sei nur am Rande vermerkt. In Weinbergen selbst begann dann ein neuer „Kampf“. Die örtlichen Sowjetfunktionäre verlangten nämlich von den angekommenen Deutschen, dass sie in ihren Wagen übernachteten, und die herbeigeeilte deutsche Ortsbevölkerung konnte erst nach langwierigen Verhandlungen erreichen, dass die Genehmigung zur Übernachtung in den Häusern gegeben wurde.

Ähnliche Absperrungsmaßnahmen wurden vom darauf folgenden Tag an in dem dem Gebietsstab zugewiesenen Gebäude in Lemberg praktiziert. Die Ankunft der Kommission hatte sich mit Windeseile in der Stadt herumgesprochen, und so standen schon am frühen Morgen zahlreiche Deutsche vor dem Stabsgebäude und verlangten Zutritt zur Kommission. Zunächst jedoch vergeblich. Die im gleichen Hause untergebrachten sowjetischen Gebietsbevollmächtigten, ein Major und ein Hauptmann der NKWD, ließen weder jemand ins Haus hinein, noch erlaubten sie den deutschen Partnern eine Fühlungnahme mit den Wartenden. Wollten die Deutschen aber in den folgenden Tagen in Gruppen oder einzeln in die Stadt gehen, wurde ihnen immer ein sowjetischer NKWdist als Begleitung beigegeben.

Als sich Hans Koch im Namen des Stabes darüber beschwerte und erklärte, die Deutschen seien nicht als Gefangene, sondern als offizielle Delegation hier, erwiderten die Sowjets, sie seien für die Sicherheit und das Leben der Deutschen persönlich verantwortlich und würden Kränze und Kopf riskieren, wenn einem Kommissionsmitglied bei dem unter der Stadtbevölkerung herrschenden Deutschenhass etwas zustoßen würde. Dass von einem generellen Deutschenhass in Lemberg nichts zu spüren war, zeigte sich alsbald. Als die Absperrmaßnahmen gelockert wurden, bewegten sich die deutschen Kommissionsmitglieder frei in der Stadt, ohne dass etwas geschehen wäre. Und als die Regierung begann und jedermann, auch Ukrainer, Polen, Juden und Ausländer verschiedener Nationalität Zutritt zur Kommission erhielten, kamen sie täglich zu Hunderten an, informierten sich und versuchten, sich eintragen zu lassen, und alle hatten für die Kommission nur eine Bezeichnung: Licht in der Finsternis.

Unerfindlich war auch, warum die Sowjetfunktionäre in Lemberg die deutsche Forderung ablehnten, die Registrierung der Lemberger Deutschen im geräumigen Turnsaal der Evangelischen Schule vorzunehmen, vor der übrigens Hunderte von Umsiedlungswilligen gleich am Tage nach der Ankunft der Kommission spontan Aufstellung genommen hatten. Demgegenüber verlangten die Sowjets zuerst, dass die Registrierung im Stabsgebäude stattfinden sollte, und schlugen, als dies Ansinnen wegen der Enge des Raumes abgelehnt wurde, das schon genannte Dorf Weinbergen als Registrierungsort vor. Diese Vorschläge dürften aus zwei Überlegungen unterbreitet worden sein: Einmal aus dem Glauben der sowjetischen Seite, die Zahl der Umsiedlungswilligen würde so klein sein, dass ein normales Zimmer oder ein 9 km entferntes Dorf gerade ausreichen würden, und zum anderen aus dem Bestreben, die deutsche Kommission aus der Innenstadt, in der die evangelische Schule lag, zu verdrängen, um sie nicht zum Mittelpunkt des Interesses der Stadtbevölkerung werden zu lassen. Die Verhandlungen darüber nahmen eine volle Woche in Anspruch, bis der angerufene sowjetische Hauptbevollmächtigte in Luzk zugunsten der Schule entschied.

Diese und ähnliche kleinliche Behinderungen verlangsamten den Fortgang der Umsiedlungsaktion, aber die deutschen Partner hatten keine andere Wahl, als sich in Geduld zu üben. Bei geselligen Anlässen zeigten sich die Sowjets jedoch von einer anderen Seite. Nach ein paar Glas Wodka hellten sich ihre sonst verschlossenen oder gar finsternen Gesichter auf, fiel die Steifheit von ihnen ab, ließen sie sich mit ihren deutschen Arbeitskameraden in eine aufgelockerte, mit Witz und Humor gewürzte Unterhaltung ein, umarmten sie und tranken Bruderschaft mit ihnen, sangen und

tanzten – mit einem Mal war der uniformierte Sowjetmensch weggefegt hatte die sprichwörtliche „weite Natur“ des Russen und Ukrainers die Oberhand gewonnen. Und beim Abschiedsabend der Lemberger Ortskommission hob ein junger ukrainischer Redner insbesondere das außerordentliche Organisationstalent, den Arbeitseifer und den kameradschaftlichen Geist der deutschen Partner hervor und dankte ihnen mit herzlichen Worten dafür, dass sie ihnen Gelegenheit gegeben hätten, von ihnen zu lernen.

Wie in Lemberg, so ergaben sich aus der Haltung der sowjetischen Mitarbeiter ähnliche Schwierigkeiten auch im übrigen Umsiedlungsgebiet und die deutsche Kommission hätte ihre Aufgabe niemals so exakt und in der kurzen Frist von 4-6 Wochen bewältigt, wenn nicht

- a) die deutsche Bevölkerung des Landes ihre Vorbereitungen zur Umsiedlung trotz aller Versprechungen und Überredungsversuche der Sowjets schon vor der Ankunft der Kommission getroffen hätten
- b) die volksdeutschen Mitarbeiter ihren reichsdeutschen Kameraden mit ihren Orts- und slawischen Sprachkenntnissen zur Seite gestanden hätten, und
- c) der Lemberger Gebietsstab, der das größte Umsiedlungsgebiet umfasste, Hans Koch in seiner Mitte gehabt hätte.

Koch fungierte offiziell als Dolmetscher, aber alle waren sich von Anfang an darin einig, dass er eine der Hauptfiguren, wenn nicht die ausschlaggebende Persönlichkeit im Stabe sein würde. War er nicht doch der einzige, der außer der ukrainischen und polnischen Sprache auch die russische vollkommen beherrschte, die die Dienstsprache der sowjetischen Kommission war, sondern er kannte auch als einziger die Sowjetunion aus eigenem unmittelbarem Erleben nach dem ersten Weltkrieg und aus seinen Forschungen. Und diese Kenntnis der sowjetischen Mentalität ermöglichte es ihm, jetzt überall dort einzugreifen, wo es not tat, und, was besonders wichtig war, stets in einer dem vorliegenden Tatbestand angemessenen Art und Weise. Gelang es nicht, die sowjetischen Funktionäre mit den Argumenten des Umsiedlungsvertrages zu überzeugen, appellierte er an Gefühl und Vernunft, schreckte aber auch vor Drohungen mit Konsequenzen auf Regierungsebene nicht zurück, wenn schwerwiegende Entscheidungen wegen der sowjetischen Haltung nicht herbeigeführt werden konnten. Täglich und stündlich sah man ihn zusammen mit dem Gebietsbevollmächtigten, oder anderen deutschen Mitarbeitern oder allein im Gespräch mit den sowjetischen Bevollmächtigten, um auftretende Hindernisse zu beseitigen.

Ob es sich dabei um die Aufhebung der bereits geschilderten Beschränkungen der Bewegungsfreiheit handelte, um Hilfestellung für die unter schwierigen Verhältnissen arbeitenden Ortskommissionen im Lande, um Bereitstellung der angeforderten Transportzüge, um einen sowjetischen Einspruch gegen die Registrierung eines Umsiedlungswilligen durch eine Ortskommission, in dem sie seines slawisch klingenden Namens wegen einen Nichtdeutschen vermuteten, oder um die Herbeiführung letzter Entscheidungen bei den Schätzungen des von den Umsiedlern zurückgelassenen Vermögens, bei denen die Ortskommissionen eine Einigung mit ihren sowjetischen Partnern nicht zu erzielen vermochten, in all diesen Fällen wurde Kochs Hilfe in Anspruch genommen.

Gewiss schalteten sich in diese Verhandlungen auch der Gebietsbevollmächtigte oder andere Mitarbeiter ein und beeinflussten die Entscheidung. Das Wort führte jedoch Hans Koch und zwar nicht nur als Dolmetscher. Wer die Sprache verstand und ihm zuhörte, der wusste, dass Koch zwar die Generallinie folgte, die Verhandlungen und Gespräche jedoch in seinem Sinne und so diplomatisch geschickt führte oder lenkte, wie es ein anderer kaum fertig gebracht hätte. So wurde Hans Koch zur Zuflucht aller, der Deutschen sowohl wie der Sowjets, wenn es galt, eine schnelle Entscheidung herbeizuführen. Mit souveräner Ruhe beherrschte er jede Situation, und sie verließ ihn auch dann nicht, wenn deutsche und sowjetische Mitarbeiter glaubten, ihrer Erregung über irgendein Vorkommnis Luft machen zu müssen. Und es war bezeichnend, dass eine sowjetische Tischnachbarin bei einem Essen, das der sowjetische Bürgermeister der Stadt für die deutsche Delegation gab, und bei dem Hans Koch mehrere konventionelle Reden und Trinksprüche ins Deutsche, Russische und Ukrainische mit unverkennbarem Humor übersetzte, an den Verfasser die Frage richtete: „Wo kommt der Mann mit den perfekten Sprachkenntnissen her?“ Die Antwort lautete: „Aus Wien“; was zu einem Teil auch der Wahrheit entsprach.

Aber Hans Koch erschöpfte sich nicht im Umgang mit den Kommissionsmitgliedern beider Staaten. Er stand auch Rede und Antwort einer Unzahl deutscher und nichtdeutscher Umsiedlungswilliger, die besondere Anliegen meist unter vier Augen zu besprechen wünschten, und eine gleich in den ersten Tagen vorgelassene Jüdin war maßlos erstaunt, als er ihren Gruß in deutscher Sprache mit einem hebräischen beantwortete und sich anschließend in jiddischer Sprache mit ihr unterhielt.

Eine der ersten Handlungen Hans Kochs in Lemberg war jedoch der Abschiedsgottesdienst in der evangelischen Kirche. Selten war diese Kirche so überfüllt, wie an diesem 10. Dezember 1939, als unter den Deutschen der Stadt durch Benachrichtigung von Mund zu Mund bekannt geworden war, dass Koch den Gottesdienst und die Predigt halten werde. Deutsche Protestanten und Katholiken füllten das Gotteshaus bis zum Rand und erlebten eine der eindrucksvollsten gottesdienstlichen Handlungen und eine der ergreifendsten Predigten, die jemals hier gehalten wurden. Hans Koch, Kind dieser deutschen und evangelischen Gemeinde, in dieser Kirche getauft und konfirmiert, ehemaliger Schüler der deutsch-evangelischen Schule und des deutschen Gymnasiums der Stadt, nahm für seine Landsleute und für sich Abschied von der Kirche, der Gemeinde, der Stadt und dem Land, die von mehreren Generationen unter harten Entbehrungen und großen Opfern, aber mit umso mehr Liebe und Fleiß geschaffen und ausgestaltet worden waren, nahm Abschied für immer und erlebte Gottes Segen für die Zukunft.

Zwei Wochen später aber, bei der Feier des Heiligen Abends für die Mitglieder des Gebietsstabes, beschloss Hans Koch seine Ansprache mit den Worten: Wir sind die Totengräber eines 160-jährigen Volksgruppenlebens und seiner Kulturschöpfungen. Aber wir wollen hoffen, dass wir gleichzeitig Wegbereiter einer besseren Zukunft für Zehntausende von Getreuen sind.

Diesen Heiligen Abend feierten die ersten Umsiedler teils bereits im Auffanglager in Deutsch-Przemysl, teils unterwegs dahin in Schnee und Eis. Insgesamt verließen innerhalb weniger Wochen rund 55.000 Menschen – die genaue Zahl dürfte sich kaum noch ermitteln lassen – ihre ostgalizische Heimat, um nach einem kurzen Zwischenspiel im Warthegau und im Gebiet von Saybusch wiederum zum Wanderstab zu greifen. Diesmal allerdings nicht unter der Obhut einer wohlgedachten Organisation, sondern in wilder Flucht, um das nackte Leben zu retten. Denn der Ausspruch eines besonders finster dreinblickenden Mitarbeiters der sowjetischen Umsiedlungskommission in Lemberg: „Wir sehen uns in Berlin wieder“, begann genau fünf Jahre später greifbare Gestalt anzunehmen.